

le Unter-
te wird sic
ar Stellen-
Teil dieser
es vielen
gewesen
zu finden.
d, daß diese
theillosen-
einenden an-
dere Rege-
tralverband
zu wirken,
effstoffe er-
schäftigung
rigen Ein-
werden.

um 3 Uhr

Volksstimme.

tschaftlicher

Gründeins."

albe Preise.

Abonn.

im Don-

im Sams-

ermäß. Pr.

sonntag-

ecern Kam-

Abonn.

im Dien-

Abonn.

S. Vorstell.

Genna, der

herauf, neu

in 3 Kisten

kleine Pr.

erb): "Der

Vorberung"

Die Hasen-

ische Herr-

helm Zell."

end): "Die

17. Vor-

Abonn.

Vorträge-

ab". Auf-

trauf: "Die

tag-Abonn.

ader", 18.

rn Alber:

hnl. Pa.

s". Ab. A.

as". Ab. A.

Em. Pr.

hl". Schau.

n kostbar

— 8 Uhr:

Ab. Koits-

Beilage zu Nummer 45 der Volksstimme.

Mittwoch den 23. Februar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 23. Februar 1916.

Mangel an Lehrlingen.

Auf die vielen Schwierigkeiten, mit denen das Handwerk zu kämpfen hat, ist schon wiederholt hingewiesen worden. Eine nicht gering zu veranschlagende Schwierigkeit ist der Mangel an Arbeitskräften, besonders von Lehrlingen. Während sonst im April ein nicht geringer Teil der aus der Schule ins erwerbstätige Leben übertretenden Knaben dem Handwerk zuströmte, ist dieses Jahr eine starke Abnahme dieses Neuzugabes an Lehrlingen zu befürchten. Die äußerst starke Nachfrage nach jugendlichen Arbeitskräften für alle möglichen Zwecke und Verufe bietet auch ungelernten Kräften die Möglichkeit, sehr rasch eine Stelle zu bekommen, für die sofort ein relativ hoher Lohn bezahlt wird. Das ist nicht nur für viele Eltern, sondern auch für die Knaben sehr verlockend. Man übersehe nicht, daß für das Streben nach raschem Verdienst auch die gegenwärtige Teuerung sehr stark ins Gewicht fällt. Verdient der Junge gleich nach der Schulzeit, so braucht er nicht nur keine Unterstützung von den Eltern mehr, er kann unter Umständen sogar noch die Eltern, vielfach nur die Mutter oder die Geschwister unterstützen. Privatwirtschaftlich läßt es sich daher wohl verstehen, wenn die schulentlassene Jugend in diesen Zeiten so rasch wie möglich ins Verdienen kommen will.

Freilich hat dieses Streben eine böse Kehrseite, auf die die Eltern hingewiesen werden müssen. Es ist nicht immer Krieg. Die abnormen Verhältnisse des Arbeitsmarktes gehen mit dem Fehlen einer totalen Veränderung entgegen. Die Verdienstmöglichkeiten nehmen gerade für die Kreise, die augenblicklich besonders bevorzugt sind, nicht nur sehr rasch und stark ab, sondern der Verdienst selbst geht ganz erheblich für ungelernete und unqualifizierte Arbeiter zurück. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Das gilt nicht nur für den männlichen, sondern noch viel mehr für den weiblichen Arbeitsmarkt. Es wird ein solches Ueberangebot von ungelerten, angelernten Arbeitskräften vorhanden sein, daß dadurch nicht nur ein starker Druck auf das Lohnniveau ausgeübt wird, sondern auch eine große Arbeitslosigkeit gerade für die Arbeiterschichten eintreten muß, die jetzt, ohne qualifizierte Arbeit leisten zu können, die Vorteile der gegenwärtigen Konjunktur ausnützen können.

Mit Rücksicht auf diese trübenden Zukunftsaussichten sollten es sich alle Eltern, die jetzt ihren Sohn in das Erwerbsleben hinauslassen müssen, wohl überlegen, ob es nicht zu ermöglichen ist, ihren Jungen einem Handwerk zuzuführen, wo er eine ordentliche Lehre durchmacht, anstatt ihn sofort ohne Lehre verdienen zu lassen. Die Entscheidung mag nicht immer leicht sein. Vielfach liegen die Verhältnisse eben so, daß die Eltern aus wirtschaftlichen Gründen sich genötigt sehen, ihren Jungen so schnell wie möglich verdienen zu lassen, aber es dürfte doch auch zahlreiche Eltern geben, bei denen der wirtschaftliche Zwang nicht so groß ist und die in der Lage sind, nicht nur an den augenblicklichen Nutzen, sondern auch an die fernere Zukunft des eigenen Kindes zu denken. Denn die frühe wirtschaftliche Selbstständigkeit bekommt den Jungen oft sehr schlecht, um so schlechter, je mehr sie gegenwärtig zu verdienen in der Lage sind. Bei dem sicher zu erwartenden Umschlag nach dem Kriege, der auch wieder für große, nicht für alle Teile des Handwerks, eine durchgreifende Besserung bringen wird, ist es klug und weise, auf die Ausnützung der augenblicklichen Konjunktur zu verzichten und, wo es geht, den Jungen einem Handwerk zuzuführen.

Zur Regelung des Butterverkaufs. Nach einer Anordnung des Reichsanwalters darf vom 5. März ab die Zentraleinkaufsgesellschaft an Gemeinden und Kommunalverbände Butter grundsätzlich nur noch abgeben, wenn diese durch Einführung von Butterkarten oder durch eine sonstige wirksame Regelung des Verkehrs mit Butter die Gewähr leisten, daß der durchschnittliche Verbrauch von Butter in ihrem Bezirke wöchentlich 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung nicht überschreitet. Die Ausgestaltung der Butterkarten bleibt dem freien Ermessen der Gemeinden überlassen. Es werden jedoch verschiedene Gesichtspunkte der Beachtung empfohlen.

Strahengeräusch und Polizei. Zur Verhütung eines allzu starken Strahengeräusches, sowie des Scheuerbens von Pferden bestimmte eine Polizeiverordnung: Gegenstände, die, wie Viehe, Ketten, Metallketten und dergleichen, beim Fortschaffen auf Wagen ein starkes Geräusch verursachen, müssen so auf Strohlagen ruhen und derartig verpackt sein, daß der Entstehung starken Geräusches vorgebeugt wird. Wegen Nichtbeachtung dieser Vorschrift wurde ein Fuhrwerksbesitzer bestraft. Er beantragte gerichtliche Entscheidung mit dem Einwand, die Befolgung der Vorschrift sei ganz unmöglich, auch ermangele ihm die erforderliche Bestimmtheit. Das Kammergericht bestätigte aber die Bestrafung. Die Verordnung sei durchaus rechtmäßig, ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit unterliege nicht der Prüfung durch den Strafichter.

Nachrevision der Waage und Gewichte. Der Herr Polizeipräsident weist die beteiligten Gewerbetreibenden darauf hin, daß die polizeilichen Nachrevisionen der Waage und Gewichte im Bezirk des 4. Polizeireviers vom 12. März d. J. ab vorgenommen werden. Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, daß gemäß § 22 der Waage- und Gewichtordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft wird, wer den Vorschriften der Waage- und Gewichtspolizei zuwiderhandelt. Neben der Strafe ist auf die Unbrauchbarmachung oder die Einstellung der vorschriftswidrigen Meßgeräte zu erkennen, auch kann deren Vernichtung ausgesprochen werden.

Ein unwirksamer Einspruchsbescheid des Magistrats. Der Architekt Jacobi hier hatte im Stadtgebiet ein Grundstück an der Ringer Straße erworben. Einen Teil dieses Grundstücks, der nach der Augusta-Viktoria-Straße zu liegt, veräußerte Jacobi an die Stadtgemeinde Wiesbaden für 60 000 Mark. Der Magistrat berechnete, welcher Teil des Erwerbspreises für das Gesamtgrundstück auf diesen an die Stadt veräußerten Teil entfiel, und kam zu dem Resultat, daß ein Wertzuwachs aus des veräußerten Teils entstanden sei. Jacobi wurde darauf mit 3412 Mark zur Reichszuwauchssteuer herangezogen. Jacobi erhob Einspruch, der vom Magistratsbezirksrat zurückgewiesen wurde. Der Bezirksausschuß in Wiesbaden wies die dann von Jacobi erhobene Klage ebenfalls ab, weil die Heranziehung des Mägers, insbesondere die vom Magistrat vorgenommene Berechnung des Wertzuwachses, zutreffend sei. Jacobi legte noch Revision ein. Das Oberverwaltungsgericht hob die Vorentscheidung auf und schickte den Einspruchsbescheid des Magistrats bezw. seines Bezirksamtes außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Der Bezirksausschuß habe übersehen, daß im vorliegenden Falle nicht ein Einspruchsbescheid vorliege, der auf einem Bescheid des Magistratskollegiums beruhe, sondern nur eine, den Steueranspruch ver-

werfende Verfügung des Bezirksamtes des Magistrats. Das sei unzulässig, denn darin sei ein rechtswirksamer Einspruchsbescheid nicht zu finden. Ein Einspruchsbescheid müsse auf einem Bescheid des Magistratskollegiums beruhen oder doch von einer, in Steuerfragen den Magistrat vertretenden händigen Deputation erlassen werden. Der hier erlassene Einspruchsbescheid sei daher als ungültig außer Kraft zu setzen. Dem Magistrat bleibe es überlassen, nunmehr einen ordnungsmäßigen Einspruchsbescheid zu erlassen.

Grundstückversteigerung. Bei der Versteigerung des selbstgerichtlich zu 80 000 Mark geschätzten Hauses Dohleimer Straße 4 legte das Höchstgebot mit 51 000 Mark der Kaufmann Karl Witte dahier ein, der nicht Hypothekengläubiger ist. Die Erteilung des Zuschlags wurde auf 8 Tage ausgesetzt. Das Anwesen ist belastet mit Hypotheken in Höhe von rund 80 000 Mark.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 22. Febr. (Aus der Partei.) Die Parteiverammlung am Samstag erfreute sich eines sehr guten Besuches. Nach dem Vortrage über „Unsere nächsten Aufgaben“ fand eine sehr lebhaft ausgefallene Diskussion statt. Die Abrechnung vom 1. Quartal gab Genosse Krüger. Die Einnahmen betrugen 202 Mark, die Ausgaben 201,54 Mark. Mitglieder hatten wir am Schluß des Quartals 84 männliche und 24 weibliche. 8 Genossen wurden im Laufe des Quartals zum Parteibeiwerk eingezogen. Der Stand der Abonnenten der „Volksstimme“ ist gut. Der Umsatz in der Kolportage betrug im Laufe des Quartals 508,20 Mark; ein sehr günstiges Resultat. Auf Antrag des Genossen Solz erfolgte die Entlassung des Kassierers, Gen. Krüger. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit wurde die Versammlung auf den 4. März vertagt. Genosse Hofmann weist noch auf die „Vollstufung“ hin und ersucht, bei Versicherungsschlüssen derselben zu gedenken.

Diebstahl, 22. Febr. (Hochwasser.) Seit Montagabend ist durch das starke Steigen des Rheins nun auch der Leinpfad vor dem Hotel „Raffau-Krone“ überflutet. Die untere Straße nach Schierstein ist unpassierbar und die dort lagernden Sandhaufen ragen wie kleine Inseln aus dem Wasser. Viele Keller und Lagerplätze sind überschwemmt und müssen geräumt werden.

Bereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A.-G.-B. „Arbeiterbund“. Donnerstagabend 8½ Uhr Zusammenkunft aller noch anwesenden Mitglieder und Sänger. Der Dirigent ist anwesend.

Wiesbaden. A.-G.-B. „Vorträge“. Mittwochabend 8½ Uhr Gesangsstunde.

Aus den umliegenden Kreisen.

Nochmals: Antisemitische Geschäftstüchtigkeit.

Zu der Angelegenheit, die wir in Nr. 29 der „Volksstimme“ vom 4. Februar unter dieser Spitzmarke behandelten, lesen wir in der „Deutschen Presse“ folgendes:

Von einer dem Herrn Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Delbrück, sehr nahestehenden Seite aus war ich während der Beratungen des Hauptausschusses des Reichstages darauf hingewiesen worden, daß derselbe gegen eine Veröffentlichung der im Hauptausschuß abgegebenen Erklärungen nichts einzuwenden habe, soweit sie nicht als vertraulich angesehen wären. Nach Veröffentlichung des Ausschussberichts bemerke ich, daß die Erklärungen von der Tagespresse sehr wenig wiedergegeben wurden.

Bei dem ungewissen Interesse, das die Erklärungen für die Allgemeinheit haben, veranlaßte ich die Aufnahme der fraglichen Erklärung des Herrn Staatssekretärs in die „Wochenkorrespondenz“ der Sozialen Geschäftsstelle. Die Aufnahme erfolgte, ohne daß der Staatssekretär ausdrücklich befragt wurde. Da parlamentarische Erörterungen publici juris sind, meinte ich dazu nicht verpflichtet zu sein; offen gestanden, hielt ich auch die Zeit des Staatssekretärs für zu kostbar, als daß ich ihm mit solchen Anfragen hätte kommen mögen. Im übrigen hat der Herr Staatssekretär, soweit seine Person in Betracht kommt, die Sache als erledigt bezeichnet, nachdem meinerseits ihm gegenüber eine Erklärung gegeben worden ist. Das war dem „Düsseldorfer General-Anzeiger“ am 18. Januar bekannt; dennoch wird in der „Deutschen Presse“ vom 20. Januar die Frage nach der Stellungnahme des Staatssekretärs gestellt.

Die Aufnahme in der „Wochenkorrespondenz“ erfolgte in Artikelform. Es schien mir eine erlaubte, nicht selten geübte Form, aus einer Reihe einen Artikel zu machen, zudem doch solche Reden allein durch ihren Inhalt, der völlig unanfechtbar blieb, wirken.

Es bleibt der Bortwurf, daß eine „Bezahlung vereinbart“ wurde. Das ergibt sich einfach aus der Aufnahme in die „Wochenkorrespondenz“, die diese Formel stets trägt, gewinnt aber sogleich ein anderes Gesicht, wenn mitgeteilt wird, daß die „Wochenkorrespondenz“ im Jahre 1914 337,75 Mark, im Jahre 1915 447,74 Mark ertragen hat. Es handelt sich also, da diese Einnahmen sich auf 62 Artikel jährlich verteilen, um eine Entschädigung für die mechanische Vervielfältigung und für die Portoauslagen.

Die Sozialen Geschäftsstelle gibt die „Wochenkorrespondenz“ heraus, um die in ihr vertretenen Gedanken zu propagieren, nicht um des Erwerbes willen, wie dem „Düsseldorfer General-Anzeiger“ bereits am 3. Januar geschrieben worden war. Selbstverständlich ist der Unterzeichnete an diesem Ertrage nicht finanziell interessiert.

Man mag mir also sagen: es wäre vorzuziehen gewesen, die Rede Dr. Delbrücks nur mit dem Hinweis darauf, wann und wo sie gehalten wurde, an die „Wochenkorrespondenz“ zu geben, — darüber hinausgehende Vorwürfe sind meines Erachtens sachlich nicht gerechtfertigt.

Berlin, den 8. Februar 1916.

Dochachtungsvoll und ergebend

Vic. Rumm.

Diese Erklärung des antisemitischen geschäftstüchtigen Vic. Rumm geht an dem eigentlichen Kern gescheitlichen vorüber. Unsere Leser erinnern sich: Der Abgeordnete Rumm hat dem „Düsseldorfer General-Anzeiger“ das Angebot gemacht, ihn durch die „Soziale Geschäftsstelle“ Beiträge von bedeutenden Persönlichkeiten zu vermitteln und dabei insbesondere auf Artikel der Staatssekretäre Dr. Delbrück und Dr. Helfferich hinzuwirken, mit dem Bemerkten, daß die „Soziale Geschäftsstelle“ auch im laufenden Jahre ähnliche Beiträge zu bringen in der Lage sein werde. Dadurch aber mußte der Eindruck ertönt werden, daß es sich wirklich um Artikel der genannten Herren handle. Herr Rumm machte aus einer Rede einen Artikel — wohlgerne: einer Rede, über die ein offizieller Bericht vorlag, unter dem Anschein, daß sie einen Originalartikel darstelle, und gab ihn gegen Honorar weiter. Das ist eine sehr unerlaubte Form, und es gehört wahrhaftig Mut dazu, sie als „eine nicht selten geübte“ Form

binzustellen. Allerdings kann es möglich sein, daß eine solche Geschäftspraxis bei den Antisemiten — jetzt „Deutsche Partei“ — üblich ist.

+ Königsheim, 23. Febr. (Erhöhung des Höchstpreises.) Mit dem heutigen Tage wurde der Höchstpreis für gewöhnliche Leber- und Blutwurst von 1,20 Mark auf 1,50 Mark festgelegt. Mit dem Verkauf der holländischen Eier hatte die Stadt Gld.; alle wurden zum Einzelpreis von 15 Pfennig abgesetzt, desgleichen der Schinken zum Preise von 2,35 Mark das Pfund. Jetzt kommen Klippfische und Seemuscheln, erstere per Pfund 50 Pfennig, letztere per Pfund 10 Pfennig zum Verkauf. Gleichfalls gelangen gelbe Erbsen per Pfund 50 Pfennig zum Verkauf. Der andauernde Ruchelverbrauch läßt erkennen, daß die Ruchelabgabe einen hochwertigen Fleischerlat bietet. Manche Hausfrau sollte jetzt ihr altes Kochprogramm aufgeben und zeigen, was sie kann, um auch mit geringen Mitteln nahrhafte Speisen bereiten zu können.

Danau, 23. Febr. (Vom holländischen Fleischverkauf.) Die Stadt eröffnet heute eine dritte Verkaufsstelle bei dem Regieremeister Heinrich Klee, Postfach 5. Der Verkauf findet am Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag je von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags statt. Weiter wird den Kleinhändlern des Stadtkreises mitgeteilt, daß die Vorräte an allen Rucheln, deren Bestände kürzlich aufgenommen wurden, noch zu dem alten Preis käuflich abgegeben werden dürfen. — Ferner ist von heute an in der Kösterstraße 9 eine zweite Aufschneidungsstelle aufgemacht worden.

Danau, 23. Febr. (Vom Schwurgericht.) Der zweite Tag der diesmaligen Periode brachte die Verhandlung gegen die Ehefrau Wilhelmine Kause geb. Wölger, Hahnenstraße, hier, wohnhaft. Die Anklage wirkt ihr vorläufigen Mord und Mordversuch, begangen an ihren Kindern, vor. Die Angeklagte wurde am 20. April 1888 im Kreise Weiskens geboren. Sie wurde später Fabrikarbeiterin und verheiratete sich im Jahre 1906, nicht ganz 18 Jahre alt, mit ihrem jetzigen Mann, der seit dem 24. Juni v. J. seiner Militärpflicht genügt und zurzeit in Kassel steht. Von den sechs Kindern des Ehepaares Kause leben jetzt noch drei. Die Angeklagte erklärt, daß ihre Ehe eine sehr unglückliche gewesen sei. Ihr Mann, von Beruf Schuhmacher, hätte bei ihrer Verheiratung sehr viel Schulden gehabt. Im Jahre 1910 kamen sie nach Danau. In der Hahnenstraße 8 hatten sie eine kleine Wohnung inne, bestehend aus einer Stube, einer Kammer nebst Küche. Im Dezember v. J. wurde in der Hahnenstraße der Petroleummangel wegen Gas gelegt, und weil für den 10. Dezember der Besuch des Ehemanns zu erwarten war, sochte Frau Kause am Tage vorher den ungesunden Entschluß, sich und ihre 4 Kinder vorher aus der Welt zu schaffen. Zunächst war sie schon sehr schwermütig und meinte viel. Um 3½ Uhr nachts fand sie auf und schraubte an der Gasleitung den Verschluss ab, um eine Vergiftung herbeizuführen. Es getreute sie aber gleich darauf wieder, und sie wollte den Verschluss wieder andringen, was sie infolgedessen nicht konnte. Nach ihrer Erzählung hat sie dann an zwei Stellen die Löcher in der Wohnung mit Kinderhemden verstopft, um das Ausströmen des Gases aus dem Zimmer zu verhindern. Sie legte sich darauf auf das Sofa und schlief ein. Von der morgens gegen 7 Uhr erfolgten Explosion will sie nichts wahrgenommen haben. Die Explosion erfolgte, weil der von einer Putzschachtel herbeigebrachte Installateur mit einem Lichte deren Wohnung abendete. Von den Sanitätsmännern wurde dann die dreijährige Martha Kause bereits tot, die anderen 3 Kinder im Alter von 1 bis 7 Jahren, sowie Frau Kause, bewußlos angetroffen. Sie sind heute soweit wieder hergestellt. Frau Kause weiß seit 8 Wochen in Untersuchungshaft, die Kinder sind bei fremden Leuten untergebracht. Die Kinder der Angeklagten sollen nach bestimmten Zeugen- und Sachverständigenausagen außerordentlich vernachlässigt und verschmüht gewesen sein, ebenso die Wohnung. Der Ehemann verweigerte die Aussage. Vom Vertreter der Anklagebehörde wurde auf vorläufigen mit Ueberlegung angeführten Mord und Mordversuch plädiert. Die Geschworenen sprachen nur des Todschlags und Todschlagsversuchs schuldig und billigten mildernde Umstände zu. Gegen 9 Uhr abends wurde das Urteil auf drei Jahre Gefängnis gefällt. Der öffentliche Ankläger hatte 4 Jahre beantragt. Die Angeklagte trat die Strafe sofort an.

Kleinheim, 23. Febr. (Der Tod eines Bahnarbeiters.) In der Nähe der hiesigen Station wurde gestern der 35jährige Bahnarbeiter Martin Roth aus Kleinheim von dem aus der Richtung Frankfurt kommenden nach Berlin fahrenden Schnellzug überfahren und getötet. Wahrscheinlich wollte der Verstorbene noch im letzten Augenblick die Gleise überschreiten.

Koblenz v. d. Höhe. (Kohlenasse „Vormars“.) Wie man sich einigermaßen vor dem Kohlenwucher schätzen kann, zeigt unser Jahresabschluss. Mit einem Umsatz von 5000 Zentnern Koh. I und II für 100 Haushaltungen, stellt sich der Zentner auf 1,35 Mark frei Hof, während er bei den Pählern 1,70 Mark am Orte kostet. Union Prekels kostet der Zentner 1 Mark frei Hof und Braunkohlen Prekels nur 90 Pf. frei Hof. Dies Ergebnis sollt; allerorts die wirtschaftlich Schwachen anregen, sich zum gewerkschaftlichen Einkauf zusammenzuschließen.

Darmstadt, 22. Febr. (Finanzminister a. Z. Guank gestorben.) In Mülheim a. Rh. ist der frühere Finanzminister Guank im Alter von 62 Jahren gestorben, ein Mann, der bis zu seinem Tode ein tüchtiger Geschäftsmann geblieben ist. Seine politische Laufbahn begann er als Bürgermeister von Gießen. Guanks Rücktritt aus dem hiesigen Ministerium erfolgte, weil im Jahre 1910 der Landtag die Steuererhöhung verweigerte. Wie das dann so oft geht, wurde auch dieser scheidende Minister von der Privatindustrie mit offenen Armen empfangen; in diesem Falle waren es die Ketter & Guillaume-Bahnenerwerbe in Mülheim a. Rh., die die Kenntnisse und Einblicke eines abenteurlichen Staatsmannes nutzbringend verwerteten. Namentlich das Bauwesen hat der Verstorbene während seiner Tätigkeit als Minister lebhaft gefördert.

Darmstadt, 22. Febr. (Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer) schickte heute die gemeinsame Beratung des neuen Staatsvoranschlags mit der Regierung fort. Zum Eisenbahnetat wurde von der Regierung die Mitteilung gemacht, daß sich die Eisenbahneinnahmen für diesen, die nach der letzten Veranschlagung vom Dezember v. J. auf rund 11 Millionen Mark für den hiesigen Anteil taxiert wurden, um rund 1 Million verbessert hätten. Es wird sich also die Schuldenlast wenigstens aus diesen Einnahmen durchführen lassen. Zum Steueretat (mit Ausnahme der direkten Steuern) teilte die Regierung mit, daß sich die Einnahmeergebnisse für 1915 noch weiter verschlechtert haben. Der Voranschlag sieht eine Einnahme von 1,5 Millionen Mark vor.

die der Ausschuss, wie bekannt, auf rund 2 Millionen Mark verbessert zu sollen glaubte. Auch für die beiden anderen Steuern wollte der Finanzausschuss erhöhte Sätze in die Einnahme einstellen. Nach den Ergebnissen für 1915 kann wohl nicht mehr damit gerechnet werden. Zum Etat des Staatsministeriums, Kapitel Oberrechnungskammer, befragte die Regierung den Rat der Arbeitskräfte, so daß jetzt die Frage aufgeworfen werden mußte, wie die Gemeinderrechnungen während des Krieges zu prüfen seien. Ferner gab die Regierung noch bekannt, daß auch die Gerichtsgebühren für 1915 auf rund 780 000 Mark zurückgegangen, während die Einnahmen aus Strafen gleichgeblieben seien. Wenn das so weitergeht, dann bleibt in der Tat nicht mehr viel von der bisher vom Ausschuss erstrebten Einnahmeverbesserung übrig. Große Ausfälle sind im Reich auch bei Branntwein- und Brausteuer zu verzeichnen infolge Verminderung des Verbrauchs. Beim Kapitel Kataster hat der Finanzausschuss den Strich des Vorstands geplant, da der bisherige Inhaber der Stelle verstorben ist und diese Stelle nur auf den Inhaber bewilligt war. Die Regierung will dem Rechnungsträger und den Posten durch Personalunion mit einem Referentenposten im Ministerium aufrechterhalten.

Singen, 21. Febr. (Rabenplage.) Die Zahl der auf der Rheininsel gegenüber Gausheim nistenden Raben wird auf viele Hunderte, ja sogar Tausende geschätzt. Da diese Raben den jungen Vögeln gefährlich werden und auch sonst manchen Schaden anrichten, so hält man eine durchgreifende Bekämpfung gegenwärtig für nötig.

Limburg, 22. Febr. (Landtagskandidatur.) Wie die „Rhein. Volksztg.“ meldet, wurde als Nachfolger des Abgeordneten Geheimrats Gabenitz zum Landtagskandidaten für den Wahlkreis Limburg a. d. R. der Redakteur und Generalsekretär Herkenrath aufgestellt.

Aus Frankfurt a. M. Die Stadtratswahl.

Nun ist auch diese Komödie einer Stadtratswahl zu Ende. Denn eine Komödie war's, von Anfang bis zum Schluß. Die Fortschrittler hatten von vornherein einen bestimmten Kandidaten in Aussicht genommen, statt ihn nach dem Aufkommen des Magistratswahlausschusses sofort zu präsentieren und durch möglichst rasche Wahl wenigstens schnell eine der Lücken auszufüllen, die durch den Krieg in dem Magistratskollegium entstanden sind, so man die Wahl über ein halbes Jahr hin, erweckte bei anderen Kandidaten Hoffnungen, von denen man wußte, daß sie nicht erfüllt werden würden, und brachte dann am Schluß doch den Mann heraus, der diesmal sich der Gnade erfreuen sollte, von den Fortschrittler zum Stadtrat gewählt zu werden. Die Gründe für diese Verschiebung auf Kosten der Stadt waren wesentlich innerparteiliche. Die Gegner in den eigenen Reihen mußten gemacht werden, und das war nicht leicht. Für Dr. Siller ist die Wahl tatsächlich eine Gnade. Fast alle Fortschrittler haben sich dabei von dem Gefühl leiten lassen, daß es eine nicht zu rechtfertigende Rücksichtslosigkeit wäre, wenn Dr. Siller diesmal wieder hinterhand gestellt und ein Auswärtiger gewählt würde. So setzten sich die Mittelständler in und außerhalb der fortschrittlichen Fraktion für ihren neu-erwählten Parteifreund ein und zwangen die, die eigentlich im Anfang gegen diese Kandidatur waren, sie zu unterstützen. Der Zwang, der dabei ausgeübt wurde, muß schon ein ziemlich großer gewesen sein, denn Herr Geheimrat Friedleben hielt es für geboten, einen am Sonntag angetretenen Urlaub zu unterbrechen, gestern wieder nach Frankfurt zu fahren, und seine Stimme für Siller abzugeben. Was das für ein Opfer war, kann nur der richtig würdigen, der die näheren Verhältnisse kennt. Auch andere Fortschrittler waren herbeigeeilt, um ihre Parteipflicht zu erfüllen und die Situation retten zu helfen. Die größten Lücken wiesen eigentlich die Bänke der Sozialdemokraten auf, weil fünf ihrer Leute zur Fahne eingezogen sind, einer krank und einer gestorben ist. Eine Herabsetzung trat noch dadurch ein, daß die Nationalliberalen im letzten Augenblick die Kandidatur Landmann zu ihrer eigenen machten. Aber diese taktische Maßnahme vermochte nichts mehr an dem Resultat zu ändern; denn die Fortschrittler verfügten über eine absolute Stimmenmehrheit, wozu noch zwei Nationalliberalen und ein Zentrumsmann kamen, die aus persönlichen Gründen Dr. Siller ihre Stimme gaben.

Im ganzen waren 56 Stadtverordnete anwesend; die absolute Mehrheit betrug also 29 Stimmen. Von den Anwesenden waren 29 Fortschrittler, 16 Sozialdemokraten, 10 Nationalliberalen und 1 Zentrum. Es erhielten Dr. Siller 32 Stimmen, Dr. Lindemann 16 Stimmen und Dr. Landmann 8 Stimmen. Dr. Siller ist also gewählt und zwar mit einem Gehalt von 10 000 Mark auf die Dauer von zwölf Jahren.

Von Nationalliberaler Seite wurde die Art, wie diese Kandidatur Siller von den Fortschrittler propagiert worden war, scharf kritisiert. Ihr Redner bezeichnete es — wie wir es gestern getan haben — als einen großen Fehler, solche Stadtratswahlen unter dem Gesichtswinkel der Parteigehörigkeit zu vollziehen. Das müßte zu unhaltbaren, amerikanischen Zuständen führen. Wenn man früher so verfahren wäre, dann hätte man keinen Miquel und keinen Adides nach Frankfurt bekommen. Auch Grimm und Barrentrapp waren keine Parteimänner, sondern wurden mit an die Spitze der städtischen Verwaltung gestellt, weil man ihre Tüchtigkeit schätzte. Herr Friedleben hat damit vollkommen recht; nebenbei hätte er selbst und seine Partei eben deshalb für Lindemann eintreten müssen! Aber gestern Abend hätte er noch durchschlagendere Gründe vorbringen können, und sie wären unbeachtet geblieben, weil die Fortschrittler auf die Kandidatur Siller förmlich verpflichtet waren. Sie wollten keine großen Neuerungen im Armen- und Waisenamt haben, sondern der Einfluss von Gebalter Schneider und Sandhuhnmacher soll und muß erhalten bleiben im Interesse der Macht und des Ansehens der fortschrittlichen Volkspartei.

Ersparnis Getreide an den Kommunalverband.

Es liegen anderwärts bedauerliche Anzeichen vor, daß Vorräte von Getreide verunreinigt oder veräußert worden sind. Gelegentlich sollen nicht unbedeutende Vorräte an Getreide in den Landbenschlängen verunreinigt worden sein. Auch ist teilweise die irrtümliche Meinung verbreitet, daß seit Erlass der Bundesratsbeschlüsse vom 28. Juni 1915 über den Verkehr mit Getreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 die noch vorhandenen Vorräte aus dem Erntejahr 1914 nicht mehr der Verköstigung oder der Anmeldepflicht unterliegen. Selbstverleumdungen sind gehalten, die ihnen gesetzlich zu belassenden Getreidevorräte abzugeben oder gar abzugeben zu lassen. Alles übrige und ersparte Getreide ist dem Kommunalverband bzw. dem hiesigen Kommissariat der Reichsgetreidekasse, Herrn M. Eismann, Lange Straße 11, baldigst zum Anlauf zur Verfügung zu stellen.

Die ruheständige Bremse. Steine wurden weich und Menschen tosend, so frischen die Räder, wenn ein Bombardier Postillon morgens um 7½ und abends um 8 Uhr an abfahrsfähiger Stelle die Bremse an seiner Postkutsche zog. Eine hochtende Persönlichkeit in Gomburg empfand das als Ruhestörung, und der Postillon erhielt wegen ruhestörenden Lärmes einen Strafzettel über 1 Mark. Ruhestörender Lärm ist aber nur dann strafbar, wenn er „ungebührlicher Weise“ begangen wird. War es nun Ungebühr, wenn der Postillon die Bremse zog? Nein! Darum sprachen Gomburger Schöffengericht und Frankfurter Strafkammer, die diese schreckliche Begebenheit zu verurteilen hatten, den Mann frei.

Warenzwindel. Im vergangenen Jahre tauchte hier ein Ehepaar auf, das sich Thompson nannte und auch auf diesen Namen amerikanische Papiere hatte. Der Mann war vorübergehend bei einer Versicherungsgesellschaft angestellt. Bald fiel das Paar unangenehm durch einen umfangreichen Warenzwindel auf. Möbel und andere Gegenstände wurden auf Pump genommen und sofort veräußert. Im ganzen beliefen sich die belohnten und verschuldeten Beträge auf 2500 bis 3000 Mark. Als die Leihgeber zugreifen wollten, war das Paar schon einmal spurlos verschwunden. Der Wiederfindung stellten sich um so größere Schwierigkeiten entgegen, als das Paar überall unter anderem Namen auftrat. Auch der Name Thompson war falsch, und in Berlin hatte der Ehemann schon einmal unter dem Namen Robert Straß verurteilt. In Wirklichkeit heißt der Mann Albert Schrader. Er ist in England geboren und englischer Staatsangehöriger. Seine Frau heißt Olga, geb. Marquardt. Das Schöffengericht wußte die beiden mit einer Fange und schickte sie auf ein Jahr nach Breuningsheim.

Brotscheine fürs Personal. Ein Metzgermeister hat für sein Personal, das nicht bei ihm wohnte, aber von ihm verpflegt wurde, ein halbes Jahr lang die Brotscheine bezogen, im ganzen 475 Stück, weil er der Meinung war, Leute, die von ihm vollständig verpflegt wurden, gehörten zu seinem „Haushalt“. Für dieselben Leute aber erhoben auch die Logiswirte die Brotscheine. Die Logiswirte waren berechtigt dazu, nicht aber der Metzger, gegen den der Amtsanwalt eine Geldstrafe von 100 Mark beantragte. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, weil sich der Angeklagte in einem tatsächlichen Irrtum befunden habe.

Die Berufsberatung der Frau. Zu der Versammlung, die der Nationale Frauendienst am Montag Abend in der Frankfurt Loge hielt und über die wir gestern berichteten, wird uns noch aus Frauenkreisen geschrieben: „Viele Mädchen und Frauen waren dem Rufe gefolgt, um von Frau Dr. Thurmman-Dezmann die alte Frauenvereinsarbeit zu hören, daß man bei der Berufsberatung Begabung und Charakter in Betracht ziehen muß und eine möglichst gründliche und ausgiebige Beratung nicht scheuen darf. Aber selbst die beste Ausbildung steht unter dem Gesetzen des Arbeitsmarktes, und das einzige Mittel, sich auf diesem Gebiet zu behaupten, ist die Organisation in den einzelnen Berufsgruppen. Das hat denn auch infolge der Diskussion die Rednerin in ihrem Schlusswort gesagt; unserer Meinung nach hätte es weit mehr betont werden müssen. Die Schwierigkeiten, die den Frauen in den verschiedenen Berufen aus ihrer doppelten Eigenschaft als Mutter und Erwerbstätige erwachsen, sie hätten den eigentlichen Gegenstand der Darstellung bilden sollen. Dann hätte die Veranstaltung gelohnt.“

Wächterinnen- und Säuglingshaus. Man schreibt uns: Das Heim des Vereins Wächterinnen und Säuglingsheim in E. B., Vattonstraße 28, blickt nun auf ein fast jähriges Bestehen zurück. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, mitzuwirken, die Säuglingssterblichkeit zu mindern und einen weichenenden Muttererfolg für eheliche und uneheliche Mütter auszuüben, insbesondere darauf hinzuwirken, daß es den unehelichen Müttern ermöglicht wird, dauernd mit ihren Kindern zusammen zu bleiben. Der Verein glaubt diese Aufgabe erfüllt zu haben, indem die Sterblichkeit bei 1000 Säuglingen, die das Heim im Laufe der Jahre verpflegte, eine ganz geringe war, und indem weit über die Hälfte der circa 1000 Mütter, welche im Heim Aufnahme gefunden haben, mit ihren Kindern dauernd zusammen geblieben sind. Die größte Zahl der Mütter blieb mindestens ein Jahr im Heim. Die Mütter können, wenn sie sich erholen haben, auf Arbeit gehen, schlafen und essen aber im Heim, stillen ihre Kinder und nehmen an deren Pflege teil. — Dadurch wird ein festes Band um Mutter und Kind geschlossen, daß auch die Mütter, welche durch die Verhältnisse gezwungen sind ihr Kind in Pflege zu geben, brav für ihr Kind weiter sorgen. Längst sind die Räume des Heims überfüllt. Wenn schon in Friedenszeiten täglich eine Anzahl Mütter und Kinder abgewiesen werden mußten, so wächst die Zahl der vergeblich Aufnahme Suchenden jetzt im Kriege immer mehr an. Deshalb muß die schon längst geplante Vergrößerung unseres Heimes unbedingt vorgenommen werden. Die Notwendigkeit der Vergrößerung ist auch von den städtischen Behörden anerkannt worden. Gerade jetzt während des Krieges, wo so viele kräftige Männer ihr Leben für das Vaterland verlieren, ist die Sorge für Mutter und Kind, die Sorge für das kräftige Heranwachsen des Nachwuchses höchste Pflicht. Es soll nichts Neues geschaffen werden, sondern es soll nur das Bestehende ausgebaut werden, um es einer weit größeren Anzahl von Frauen und Säuglingen zugute kommen zu lassen. Dieser Ausbau, der nur durch Errichtung eines Neubaus zweckmäßig gefördert werden kann, erfordert aber große einmalige und laufende Ausgaben. Diese können durch die Einnahmen lange nicht gedeckt werden. Deshalb bitten wir unsere Mitbürger dringend, uns durch finanzielle Zuwendungen zu helfen.

Königliche Maschinenbauschule. Am 3. April beginnt ein neuer Lehrkursus, auf den diesmal ganz besonders aufmerksam gemacht wird, weil auch die königliche Maschinenbauschule sich bereitwillig in den Dienst der Kriegsbefähigten. Fürsorge gestellt hat. Sie nimmt kriegsbefähigte Maschinenbauer und andere Metallarbeiter auf und bietet ihnen in 4 halbjährigen Unterrichtskursen Gelegenheit, sich eine abschließende technische Ausbildung anzueignen, die sie zur Verwendung als technische Beamte, insbesondere Werkmeister im Eisenbahnbetriebe, sowie Maschinenmeister und Leiter kleinerer Betriebe geeignet macht. Zur Aufnahme genügt: gute Volksschulbildung und jährige praktische Tätigkeit im Metallgewerbe. Kriegsbefähigte finden unter gewissen Voraussetzungen auch bei geringerer Werkstattpreis Aufnahme und im Unterricht besondere Berücksichtigung.

Stadterordneten-Versammlung.

Frankfurt a. M., 22. Febr.

Den Vorsitz führt Dr. Friedleben. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende dem am 2. Februar verstorbenen Kollegen Fromm einen warmen Nachruf. Als ein selten einfach geminnter, lebenswüthiger Mensch sei der Verstorbenen stets bestritten gewesen. Not und Bedrängnis zu lindern. Trotz seines hohen Alters habe er sich auch die Liebe zur Jugend bewahrt. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Stadterordneten von ihren Plätzen.

Zur Prüfung der Jahresrechnung des Städtischen Kunstinstituts werden die beiden dienstältesten Mitglieder Lindemann und Eichstädt bestimmt.

Vorlagen des Magistrats.

Verschiedene Vorlagen gehen ohne Erörterung an die zuständigen Ausschüsse. Für den Betrieb der Wasserpumpwerke wird ein Zuschuß verlangt. Von (nail.) wünscht, daß dem außerordentlich starken Wasserbedarf nachgegangen wird, der nicht allein durch schadhafte Hausanschlüsse, sondern durch Rohrbrüche entsteht. Die Kosten für den

Bau einer Lagerhalle im Ohlfafen

werden in Höhe von 150 000 Mark sofort bewilligt. Zimmermann (Sog.) weist darauf hin, daß das Gelände, das für den Bau bestimmt ist, bisher von armen Leuten bewirtschaftet worden ist. Diese Kleingärtner hätten durch Anlage von Pumpen und kleinen Häuschen Ausgaben gehabt. Er bittet den Magistrat, den Leuten eine Entschädigung zu geben und ihnen auch anderes Ge-

lande zur Verfügung zu stellen. Mit Rücksicht auf die jetzige Situation könne sich der Magistrat dieser Verpflichtung nicht entziehen.

Erhöhte Pflegekosten für Krankenkassen und Vermögensmangel.

Walter (Postf. Spt.) berichtet für den Stiftungsausschuss über die Abänderung des Pflegekostensatzes für die vereinigten Krankenkassen. Der Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Eine Erhöhung der Naturalpflegekosten für Diensthelfer, die Abänderung beantragt habe, könne man dem Magistrat während des Krieges nicht zumuten.

Dopf (Sog.) erklärt, daß die Kassen in Anbetracht der Zeitverhältnisse den Sätzen zustimmen. Ferner bittet er den Magistrat, darüber zu wachen, daß der gute Ruf des Krankenhauses gewahrt wird, und Vorkehrungen zu treffen, daß Menschenleben nicht in Gefahr gebracht werden. Ihm sei ein Fall bekannt, daß ein Vater mit einem diphtheriekranken Kinde drei Stunden warten mußte, bis das Kind ärztlich behandelt wurde. Auf der ganzen Station sei kein Arzt gewesen. Die Kassen hätten an dem Tage Ausgänger für Vertretung aber keine Vorkehrung getroffen. Schwere Kranke Kinder müßten rasch behandelt werden.

Dr. Quard (Sog.) regt an, die in den Militärkassen in der Umgebung tätigen Ärzte bezugzugeben; die Herren hätten jetzt fast nichts zu tun. Vielleicht könnten sie noch teilweise zur Dienstleistung herangezogen werden.

Stadtrat Dr. Noell entgegnet, der Versuch, mit der Militärverwaltung in Verbindung zu treten, sei wiederholt gemacht, in einigen Fällen seien auch Ärzte nach hier kommandiert worden. In der letzten Zeit habe die Militärbehörde derartige Anträge jedoch abgelehnt. Den von Dopf erwähnten Fall würde der Magistrat untersuchen und Abhilfe schaffen.

Gräf (Sog.) erklärt es für einen armen Mitleid, eine Station mit schwerkranken Kindern ohne Arzt zu lassen. Die Kassen hätten nicht dürfen ausgeben, ohne für Erfolg zu sorgen.

Dopf (Sog.) erklärt, der Versuch, daß der Arzt ausgegangen, sei dem Vater des kranken Kindes im Krankenhaus nach drei Stunden geworden. Erst dann seien zwei Ärztinnen gekommen, die eine im Strohentfeld, die andere in Anhaltstraße.

Dem Bericht wird zugestimmt.

Simmermann (Sog.) empfiehlt für den Hochbauausschuss Zustimmung, daß für Mobiliarbeschaffung zur Einrichtung der Wohnung Eichenbachstraße 15 für Schwereiten des Städtischen Krankenhauses Sachschaden 8000 Mark bewilligt werden.

Ohne Erörterung wird die Vorlage genehmigt. Der Rest der Ausschussberichte bezieht sich auf die Besetzung verschiedener städtischer Ehrenämter. Die Wahlen vollziehen sich nach den Ausschussvorschlügen.

Die Wahl eines befohlenen Stadtrats

erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung. Von 56 abgegebenen Stimmen bekam der von der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei empfohlene Kandidat Sandhaus Dr. Siller 32 Stimmen, Dr. Lindemann aus Stutgart, der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen war, erhielt 16 Stimmen, auf den Kandidaten der Nationalliberalen Dr. Landmann aus Mannheim vereinigten sich 8 Stimmen. Dr. Siller ist somit gewählt. Schluß ¼ 8 Uhr.

Telegramme.

Sfasonow über Polen, Schweden und Rumänien. Petersburg, 23. Febr. (Duma.) Minister Sfasonow spricht über die Beziehungen Rußlands zu den Nachbarländern. Ueber Polen

führt er aus: „Die Deutschen sind besonders stolz auf die Gründung der polnischen Universität in Warschau. Das ist eine Rolle, mit der sie das Vertrauen des durch die Deutschen gerichteten Polens zu gewinnen rechnen. Aber das Unternehmen ist im voraus zum Mißerfolg verurteilt. Seit Beginn des Krieges hat Rußland die Vereinigung der Teile des zerstörten Polens auf seine Fahnen geschrieben. Dieses Ziel, vom Herrscher gemessen, vom Oberbefehlshaber der Oesterreich-Rußland, liegt der russischen Gesellschaft am Herzen. Es hat die Billigung unserer Verbündeten erhalten. Dieses Ziel ist unveränderlich, das unsere jetzt wie früher. Wie sieht nun Deutschland diese Bestrebungen des ganzen polnischen Volkes an? Sobald es Deutschland und Oesterreich-Litauen gelänge, in Polen einzudringen, besäße man sich, diesen Teil des bisher ungeteilten polnischen Gebietes unter sich zu teilen. Um den Eindruck abzuwachen, den dieses neue Attentat gegen die Bestrebungen des polnischen Volkes herbeigeführt hat, glaubt man, einigen untergeordneten Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenkommen zu müssen. Deshalb ist die polnische Universität gegründet worden. Aber man muß nicht vergessen, daß die Autonomie Polens, die hier auf dieser selben Tribüne auf Befehl des Kaisers vom Ober der kaiserlichen Regierung proklamiert worden ist, Polen nationale Schulen aller Grade, den Universitätsunterricht einschließen, mit sich bringt. Man kann also nicht erwarten, daß gegen das von den Deutschen angebotene Vinsengericht das polnische Volk auf seine heiligsten Bestrebungen verzichtet, vor der von Deutschland vorbereiteten Unterjochung die Augen verschließt und seine Brüder in Polen vergiftet, wo, um den deutschen Kolonisten zu gefallen, alle polnischen Elemente barockmäßig vernichtet werden. Man spricht von Absichten, die Deutschland haben soll, im Austausch gegen neue Bestrebungen und imaginäre Zugeständnisse, in den okkupierten Gebieten einige Hunderttausend Polen auszuheben, damit sie sich als Kanonenhüter für den Triumph des Germanismus ideen lassen. Ich will nicht glauben, daß das von hohen nationalen Gefühlen besetzte polnische Volk, das sich bei Beginn des Krieges bereit, sich zur Verwirklichung des jeden Polen nationalen Ideals den Russen anzuschließen, sich dazu verleiten lassen könnte, einzuwilligen, sein Blut für die Tyrannen Polens zu vergießen.“

Rußland und Schweden.

„Ich komme zu unseren gegenwärtigen Beziehungen zu den Neutralen, zuerst zu den skandinavischen Nachbarn. Ob ich es erlaube, sei es im Schoße der Duma, sei es in Unterredungen mit verschiedenen Persönlichkeiten und Vertretern der Presse, daß wir gegenüber Schweden keine anderen Gefühle hegen, als die aufrichtige Freundschaft, und nur wünschen, die engen Beziehungen guter Nachbarschaft aufrechtzuerhalten. Unglücklicherweise gibt es auf der anderen Seite des Baltischen Meeres noch Leute, die durch die Macht eingewirkelter Vorurteile und unter einem gewissen Einfluß von Verleumdungen unserer Feinde Vorurteile und Mißtrauen gegen uns hegen. Es ist indessen ganz klar, daß Rußland und Schweden von der Natur selbst dazu bestimmt sind, im Frieden miteinander zu leben und ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen fruchtbar zu lassen. Der Vorwand von Kollisionen kann nur ein künstlicher sein. Weder sucht Schweden nach den Worten seiner leitenden Männer eine territoriale Vergrößerung auf Kosten Finnlands, noch streben wir nach dem Gebiete unseres Nachbarn im Norden. Was sollte in der Tat uns die skandinavische Halbinsel bieten? Einen eisernen Hafen am Eismeer? Wir haben einen auf eigenem Gebiet, und die intensive Arbeit der russischen Ingenieure wird bald alles getan haben, um ihn durch einen Schienenstrang mit dem Herzen Rußlands zu verbinden. Nicht nach den skandinavischen Gebieten blickt sich Rußland durch seine Geschichte hingezogen; nach einer ganz anderen Richtung muß es einen Ausgang zum freien Meer gewinnen.“

Rumänien

hat während dieser Periode die von ihm gewählte Neutralität weiter aufrechterhalten. Die Entente-mächte finden sich mit dieser Lage ab, überzeugt, daß Rumänien seine Interessen nicht verraten würde, wenn die Stunde schlagen wird, die nationale Einheit auf Kosten seines Blutes zu verwirklichen. Es kann sicher sein, daß es bei denen, zu denen die natürlichen Sympathien seines Volkes gehen, wirkliche Unterstützung finden wird, wenn es sich gegen Attentate des gemeinsamen Feindes, gegen die Unabhängigkeit seiner Entschlüsse wehrt.“

Der Minister spricht weiter.